

Regierungsratsbeschluss vom 06. Februar 2024

Petition im Rahmen der Aktion «Beim Namen nennen» 2023: «Wiederaufnahme des Resettlement-Programms der Schweiz ermöglichen»; Antwortschreiben

P230955

Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Vertretung der Petentschaft.

Begründung

Der Bundesrat beschloss im Jahr 2023 grundsätzlich die Weiterführung des Resettlement-Programms 2024 und 2025. Er wird es jedoch erst nach Absprache mit den Kantonen und Gemeinden aktivieren und unter der Voraussetzung, dass sich die Situation bei der Unterbringung und Betreuung im Asylbereich deutlich entspannt hat. Auch in Basel-Stadt wäre es derzeit aufgrund der stark ausgelasteten Ressourcen nicht denkbar, zusätzlich Resettlement-Flüchtlinge angemessen zu betreuen, zumal diese erfahrungsgemäss auf intensivere Betreuung angewiesen sind. Der Kanton Basel-Stadt ist weiterhin bereit, Resettlement-Flüchtlinge sowie Geflüchtete über die regulären Verpflichtungen hinaus aufzunehmen. Zurzeit fehlen jedoch die Umsetzungsmöglichkeiten.

